

Wer regiert die Welt?

DOSSIER



- 1 Schön wendig bleiben
- 2 Vorwärts ins Mittelalter
- 3 Der Westen regiert nicht mehr lange
- 4 Nonzentrale Welt
- 5 Das Comeback

Für die Unterstützung bei der Lancierung des Dossiers danken wir dem Verein Zivilgesellschaft.



Die Wissenschaft erforscht die Natur und ihre Phänomene, um die Naturgesetze zu ergründen und das Wissen zu erweitern. Die Technologie nutzt die Erkenntnisse der Wissenschaft, um neue Erzeugnisse für die Bedürfnisse der Menschheit zu entwickeln. Die Volkswirtschaft zielt darauf, Angebot und Nachfrage aufeinander abzustimmen. So entsteht Fortschritt, und dieser Fortschritt hat heutzutage Entfernungen und Zeitabstände zunichte gemacht. In diesem Fortschritt liegen die Wurzeln der heutigen Globalisierung, und wie bei jeder Evolution sind traumatische Wirkungen programmiert.

In der Politik sind wir Angehörigen der abendländischen Kultur seit ein paar Jahrhunderten (in vielen Ländern seit kürzerer Zeit) mit einer neuen Regierungsform, der Demokratie, vertraut. Sie hat nichts zu tun mit Perikles und Athen – Kern der modernen Demokratie ist die Beteiligung aller Bürger. Ist das immer noch vorstellbar mit 8 Milliarden Einwohnern auf der Welt? Die praktische Unmöglichkeit der Beteiligung auf Weltebene, gepaart mit einer immer komplexeren Gesellschaft und höherem Schwierigkeitsgrad der Probleme, führt dazu, dass die Führung in die Hände einer nicht gewählten Klasse von Technokraten und Bürokraten gelegt wird. Ohne deren Kompetenz zu bestreiten, ist die Legitimität der neuen Gremien zweifelhaft.

Die von Technokraten und Bürokraten ausgehende Gefahr ist ihr Glaube an die Planbarkeit allen Handelns. Menschen reagieren nicht wie Roboter, sie haben je unterschiedliche Kulturen, Bräuche, Sitten, Interessen, betrachten es nicht als ihre erste Aufgabe, den anderen und dem Staat zu helfen, sondern sich selbst und (heutzutage nicht immer) ihrer Familie. Pläne allein können die Gesellschaft nicht ändern, und nichts kann gefährlicher sein als die Illusion der Machbarkeit und ihrer blinden Fürsprecher.

Es gibt keine leichten und vorgefertigten Lösungen. Die Situation ist nicht binär: entweder technokratische Weltbehörden oder zersplitterte Nationalstaaten. Mit Geduld sind alle Menschen aufgefordert, an einem neuen Mosaik zu arbeiten, wobei die Rolle der verschiedenen Institutionen, Kollektivitäten und Beteiligten ebenso anerkannt wird wie die Bedeutung verschiedener Kulturen und Traditionen. Für Illusionen über eine erzwungene Uniformität auf Weltebene ist in einem solchen Mosaik kein Platz. Wichtig ist hingegen der Begriff der Subsidiarität. Die Zivilgesellschaft muss ihre Rolle, dialektischer Partner und Kontrolleur der (politischen) Macht zu sein, voll übernehmen. Doch kann sich eine solche Zivilkultur in Gesellschaften herausbilden, in denen der Staat alles unternimmt, um die Einwohner von der Wiege bis zum Grab unter Vormundschaft zu setzen? Ist dieses Modell nicht das grösste Hindernis für die Bildung und Kultivierung eines Weltbürgerbewusstseins?

Forschen, vertiefen, debattieren, Vorurteile überwinden. Dazu lädt der Verein Zivilgesellschaft mit seinem nächsten Kolloquium ein.»

Tito Tettamanti, Gründer & Ehrenpräsident des Vereins Zivilgesellschaft

Mit «Sid Meier's Civilization» erschien 1991 ein Computerspiel, das die Entstehung unserer mehr als 150 000 Jahre **alten Zivilisation simuliert**. Mit Maus und Tastatur formt der Spieler hier seine ganz eigene Menschheitsgeschichte – von der Entdeckung des Feuers bis hin zu aufstrebenden und fallenden Weltreichen. Er kann, sofern er sich geschickt anstellt, sogar die Besiedlung eines anderen Planeten herbeiklicken und befindet sich dabei in einer konkurrenzlosen Machtposition, die seine Faszination an der Bestimmung des Schicksalslaufs ebenso befriedigt wie seinen «Willen zur Macht».

Computerspiele haben – wie alle Simulationen – ein strukturelles Problem: sie sind nicht in der Lage, die durch Rückkoppelungen geprägten Systeme der Realität abzubilden. Der moderne Mensch neigt, wie seine Simulationen, dazu, **das Bild der Realität zu vereinfachen**. Die Vorstellung einer zentralen Institution gleich jener eines Spielers, der im Verborgenen die Schalthebel der Macht bedient, ist Teil dieses Prozesses. Die daraus ableitbare Idee, dass eine aufgeklärte Globalregierung den Zustand der Welt verbessern könnte, ist allgegenwärtig.

Weltweit sind aber Politik, Wirtschaft und Kultur untereinander mannigfaltig verstrickt und verwoben, bedingen einander, stossen einander ab. Auf dem globalen Marktplatz herrscht ein ständiges Kommen und Gehen: Unternehmen, **die gestern als exzellent galten, können heute insolvent sein**. Ein Nationalstaat, der gestern ohne Einfluss war, kann heute die Führerschaft des Westens untergraben – und auch das Modell der Nationalstaaten kann schon morgen abgelöst werden, von bisher noch unbekanntem Organisationsformen. Keine Konzentration von Wissen und Macht könnte all diese Prozesse durchleuchten, bedenken oder lenken.

Und dennoch bleibt die Frage – wer regiert die Welt? Es gibt keine simplen Antworten, aber es gibt Antworten. Unser Dossier spürt den Weltmächten jenseits der virtuellen Realität nach. Denn während im Computerspiel mit einem Neustart bequem ein neuer Versuch unternommen werden kann, kollabieren Imperien in der realen Welt zumeist blutig und gehen einher mit Massenmigration, epidemischen Krankheiten und Nahrungsmittelknappheit. Unsere Autoren zeigen auf, wo sich Machtblöcke bilden, wie sich ihre Gewichte verschieben und wie sich die globalen Verschiebungen auf die Schweiz auswirken. Sie erläutern, wie wir den anstehenden globalen Transformationen erfolgreich begegnen können.

Die Redaktion

1 Schön wendig bleiben

USA, China, EU, UNO, WTO, G-20 – die geopolitischen Kräfteverhältnisse ändern sich, neue Machtkonstellationen entstehen. Was sind die Konsequenzen für die Schweiz? Und wie sehen erfolgversprechende Strategien für den kleinen grossen Global Player aus?

von Paul Widmer

In diesem Essay geht es um die Schweiz – um die Art und Weise, wie sie sich selbst sieht, wie andere sie sehen und wie sie sich in ändernden Machtkonstellationen erfolgreich behaupten kann. Wer von der Schweiz spricht, muss deshalb zuerst einmal die Welt abhandeln, die sich stetig verändert.

Seit 100 Jahren sind die Vereinigten Staaten von Amerika die stärkste Macht der Welt. Sie werden es auf Jahre hinaus noch bleiben. Kein anderer Staat vereinigt auf gleiche Weise jene fünf Faktoren, welche

Europa ist der grosse Verlierer, vorerst in der Politik und zunehmend auch in der Wirtschaft.

die Macht eines Landes ausmachen: Grösse, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft, militärische Stärke und Innovationsfähigkeit. Aber die Stärke Amerikas in der globalen Kräftekonstellation nimmt ab. Die *pax americana* geht allmählich zur Neige. Zu vieles hat sich seit der Jahrtausendwende verschoben, als dass die alten Verhältnisse noch Bestand haben könnten.

Am sichtbarsten sind die geostrategischen Verschiebungen in der globalen Politik. Der Kräfteschwerpunkt verlagert sich rasant von West nach Ost und von Nord nach Süd. Zwischen 2000 und 2010 hat sich der Anteil von China, Indien und Brasilien am globalen Bruttoinlandsprodukt verdop-

pelt. Ohne die grossen Schwellenländer können heute auf internationaler Ebene keine wichtigen Entscheide mehr getroffen werden. Ein Abschluss der Doha-Runde oder ein neues Klimaabkommen ist ohne die Zustimmung von China oder Indien nicht mehr vorstellbar.

Europa: der grosse Verlierer

Namentlich China drängt mit Riesenschritten an die Weltspitze. Völlig konform mit den berausenden Wirtschaftszahlen dürfte das chinesische Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr schon zwei Drittel des amerikanischen betragen. China ist nach den USA die zweite Wirtschaftsmacht, selbst in der Forschung steht es nach den USA und Japan an dritter Stelle – freilich weit hinter der EU, wenn diese ein einziges Land bilden würde. Kein Zweifel: das Gespenst von einem allmächtigen amerikanischen Empire, wie es flinke Intellektuelle vor wenigen Jahren noch an die Wand malten, würde heute niemand mehr beschwören. Und Europa, das sich militärisch selbst an Gaddafis Libyen übernimmt, ist der grosse Verlierer, vorerst in der Politik und zunehmend auch in der Wirtschaft.

Auch das institutionelle Gefüge verändert sich. Drei Veränderungen stechen ins Auge. Erstens nimmt die Bedeutung der Nationalstaaten hinter dem protektionistischen Schutzschild wieder zu. Dies hat zur Folge, dass – zweitens – die internationalen Organisationen an Gewicht verlieren. Sie gelten, insbesondere die Vereinten Nationen (UNO), zwar als gut legitimierte, jedoch ineffiziente Institutionen. Auch widerspie-

Paul Widmer

Paul Widmer ist Botschafter und vertritt die Schweiz ab Oktober 2011 beim Heiligen Stuhl in Rom. Er ist Autor von «Die Schweiz als Sonderfall».

gelt das eigentliche Führungsgremium, nämlich der Sicherheitsrat, in seiner derzeitigen Zusammensetzung nicht die politische Realität. Deshalb versuchen – drittens – die Mächtigen, ihre Entscheide immer mehr in informellen Clubs zu treffen. Diese haben zwar kein demokratisch legitimes Mandat, dafür sind sie entschlossfähiger. Angefangen hat es mit Kaminfeuergesprächen auf Schloss Rambouillet, zu denen Präsident Giscard d'Estaing 1975 erstmals einlud. Daraus entstanden die G-7, dann die G-8, und seit 2008 drängt sich vor allem die G-20 in den Vordergrund. Diese Gruppe, gegründet in einem Zeitpunkt, als die Welt am Abgrund einer Finanz- und Wirtschaftskatastrophe stand, umfasst bezeichnenderweise nicht nur die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Länder der nördlichen Halbkugel, sondern auch der bedeutenden Schwellenländer und der Regionalmächte des Südens.

Das Prestige der G-20 ist gross. Alle wichtigeren Staaten möchten Zulass. Mit einer schärferen Kontrolle der (nichtangelsächsischen und nichtchinesischen) steuerünstigen Staaten hat die G-20 zu Beginn tatsächlich einen beachtenswerten Erfolg verbucht. Zur Behebung der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise, derentwegen sie einberufen wurde, leistete sie allerdings bisher einen eher bescheide-



Paul Widmer, photographiert von Philipp Baer.

nen Beitrag. Nach dem enttäuschenden Gipfeltreffen im vergangenen November in Seoul glauben denn auch etliche Beobachter, die G-20 habe den Zenit bereits überschritten. Uneinigkeit in zentralen Fragen bremsst auch diese Gruppe.

Welche anderen Kräftekonstellationen zeichnen sich ab? Wird es zu einem Zusammenspannen der USA mit China kommen, werden sie das dominante Machtduo bilden? In langgezogener Perspektive deutet einiges darauf hin. Aber kurzfristig sieht es nicht danach aus. Die Konflikte der USA mit China nehmen in letzter Zeit zu, militärisch mit Pekings Machtprojektionen im Südchinesischen Meer, wirtschaftlich mit sprunghaft angestiegenen Beschwerden vor der Welthandelsorganisation. Die unmittelbare Zukunft dürfte somit eher von einer G-O, also keiner Gruppe, geprägt sein. Das würde bedeuten: die verschiedenen informellen Clubs werden weiterbestehen, aber keine G-Gruppe wird sich zu einem massgeblichen Direktorium aufschwingen können. Auch die internationalen Organisationen müssen um ihre Existenz nicht bangen; ihren Bedeutungsverlust werden sie indes nicht ausweiten können. Wir werden folglich mit schwächeren internationalen Strukturen leben müssen.

Gewinner und Verlierer

Wer steht denn auf der Gewinnerseite? Abgesehen von der aufsteigenden Grossmacht China und wichtigen Schwellenländern wie Brasilien oder Indien sind es vor allem die globalen Marktkräfte. Sie haben im letzten Jahrzehnt ihre Macht enorm ausgeweitet. Die grossen internationalen Konzerne operieren heute weitgehend ohne jegliche nationalstaatliche Verankerung. Sie verlegen ihre Sitze dorthin, wo die Steuern am günstigsten sind und ihre Tätigkeit am wenigsten durch Gesetze eingeschränkt wird. Sie verschieben ihre Arbeit rund um den Globus in jene Länder, wo die Produktionskosten am tiefsten sind. Die Mobilität von Arbeit und Kapital hat das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zugunsten der international tätigen Unternehmen umgeschrieben. Häufig diktieren nun diese dem Staat die Bedingungen – und nicht umgekehrt.

Ist damit die liberale Weltordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Vereinten Nationen, den Bretton-Woods-Institutionen und einem feinmaschigen völkerrechtlichen Vertragswerk geschaffen wurde, am Ende? Das sicher nicht. Die internationalen Organisationen üben immer noch eine beträchtliche Attraktivität aus. Alle unabhängigen Staaten wollen so rasch als möglich der UNO beitreten. Und ein ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat ist immer noch die exklusivste Weihe für weltpolitische Grösse. Auch die Mitgliedschaft in einzelnen Organisationen ist nach wie vor erstrebenswert. Selbst ein Land wie Russland kämpft seit Jahren für den Zutritt zur Welthandelsorganisation (WTO).

Aber die Kraft der liberalen Weltordnung lässt nach. Ihre universelle Geltung wird mehr und mehr bestritten. Regionale Werte konkurrieren mit den universellen, machtpolitische Einflusszonen unterhöheln die Gültigkeit von völkerrechtlichen Grundsätzen. Vor allem eines fällt ins Gewicht: die *global leaders* neigen dazu, sich von der Demokratie abzukoppeln. Macht und Demokratie entwickeln sich zunehmend auf zwei verschiedenen Ebenen. Die politisch Mächtigen und die Marktkräfte agieren global, die Demokratie aber lokal, im nationalstaatlichen Rahmen. So entgleitet die Macht der politischen Kontrolle. Es gibt keine angemessenen Verfahren, um die Meinung der Betroffenen in die Entscheidungen der *global leaders* einzuspeisen. Und das System von *checks and balances* funktioniert auf dieser Stufe auch nicht. Globalisierung bedeutet somit zu einem wesentlichen Teil Entdemokratisierung. Die Demokratie droht zu einem Alibibetrieb für das Zweitrangige abzusinken.

Konsequenzen für die Schweiz

Was bedeuten diese Verschiebungen für die Schweiz? Sie enthalten Gutes und Schlechtes. Erstens gilt folgendes: jede Schwächung des Rechts in den internationalen Beziehungen bringt kleineren Staaten nur Nachteile. Wo das Recht abnimmt, nimmt die Macht zu. Kleinere Staaten können im Machtspiel bloss verlieren. Die Grösseren sitzen immer am längeren Hebel. Kleinstaaten haben keinen bes-

seren Verbündeten als das Recht. Deshalb muss sich die Schweiz unbeirrt für die Stärkung des Rechts in einer liberalen Weltordnung einsetzen.

Auch haben wir alles Interesse daran, dass in den internationalen Beziehungen Transparenz herrscht. Das wird häufig ein frommer Wunsch bleiben. Denn die Mächtigen lassen sich nicht gern durch Regeln einbinden. Solches gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen der G-20 und den internationalen Organisationen. Die G-20 neigt dazu, immer mehr Aufgaben zur Vorbereitung ihrer Gipfeltreffen an andere Organisationen zu delegieren. Doch auf welcher Grundlage? Zu Recht fordert die Schweiz zusammen mit 26 anderen kleinen Staaten, der sogenannten 3G (*global governance group*), mehr Klarheit bei dieser Arbeitsteilung.

Sodann dürfen wir nicht übersehen, dass die neuen Kräfteverhältnisse auch Chancen bieten. Die Schweiz ist gut positioniert, um die Herausforderungen der Globalisierung zu bestehen. Abgesehen von der finanziellen und wirtschaftlichen Stärke ist es gerade das Schweizer Staatswesen, das uns gut für die Globalisierung rüstet. Weil die Schweiz von unten her aufgebaut ist, kann sie viel flexibler reagieren als zentralistische Staaten. Das heisst konkret: das durch die Globalisierung geschaffene Demokratiedefizit kann zwar kaum behoben werden, aber man kann es abdämpfen – am ehesten mit Ansätzen, die aus der Bürgergesellschaft kommen. Diese kann in der Tat ein Korrektiv sein. Dazu zwei Beispiele: Auf internationaler Ebene hat sich Transparency International zu einer wichtigen Nichtregierungsorganisation im Kampf gegen die Korruption entwickelt. Und auf nationaler Ebene bündelte die Abzockerinitiative die Empörung über die exzessiven Managerentschädigungen von einigen börsenkotierten Firmen so, dass die Behörden zum Handeln gezwungen sind.

Schweizer Trümpfe

Meines Erachtens fördert gerade das, was die Besonderheit unseres Staatswesens ausmacht, die kosmopolitische Anpassungsfähigkeit, und zwar aus drei Gründen:

1. Die Schweiz ist anpassungsfähiger,

weil sie eine direkte Demokratie ist. Die politischen Rechte regen den Stimmbürger an, sich zu informieren und mit Sachfragen auseinanderzusetzen. Das fördert das politische Interesse und das kritische Urteil. Es aktiviert die Bürger. Nicht umsonst weist die Schweiz ein besonders dichtes Netz an zivilgesellschaftlichen Organisationen auf.

2. Die Schweiz ist anpassungsfähiger, weil sie föderalistisch ist. Bei allen Nachteilen, die der Föderalismus auch hat, weist er einen unschätzbaren Vorteil auf: er bietet stets mehr als nur eine Variante an. Das erhöht die Chancen, dass man die beste Lösung findet. Föderalistisch denken heisst somit: respektieren, vergleichen, abwägen, lernen. Man kann im nationalen Rahmen üben, was man im globalisierten Zeitalter universell anwenden sollte.

3. Die Schweiz ist anpassungsfähiger, weil sie eine Willensnation ist. Die Bürger müssen ihren Willen zum Zusammenleben immer wieder von neuem bezeugen. Kein

natürliches Substrat wie eine gemeinsame Sprache hält sie zusammen. Im Gegenteil. Die Amtssprachen öffnen den Weg nach aussen. Der geistige Austausch über die Landesgrenzen hinweg ist in das Schweizer Staatswesen eingebaut und bietet in einer globalisierten Welt enorme Vorteile.

Schliesslich eine weitere Empfehlung: die Schweiz muss flexibel agieren. Natürlich muss sie ihre Beziehungen zu den internationalen Organisationen und wichtigen Institutionen wie der EU weiterhin sorgsam pflegen. Aber daneben müssen wir uns vermehrt den aufsteigenden Kräften zuwenden und die bilateralen Beziehungen nach allen Seiten ausbauen, insbesondere zu den Schwellenländern. Konkret heisst dies zum Beispiel: nach dem Scheitern der Doha-Runde wird der Abschluss von Freihandelsabkommen mit Ländern wie China noch wichtiger. Auch sollten wir auf eine starke Bürgergesellschaft setzen. Diese gleicht zumindest ansatzweise den

Verlust an Demokratie im Globalisierungsprozess aus.

Und zum Schluss noch eine Warnung. Die neuen Machtverhältnisse werden es der Schweiz nicht leichter machen, sich international zu behaupten. Vielmehr wird die Lage für alle schwieriger, zumal in Europa und Amerika. Es gibt mehr Spieler, die Rollen sind nicht mehr so eindeutig definiert, und auch die Spielregeln sind weniger klar. Aber bei nüchterner Betrachtung sind die Voraussetzungen gegeben, damit die Schweiz die grossen aussenpolitischen Herausforderungen auch in Zukunft bewältigen kann. Allerdings darf sie nicht der Grossmannssucht verfallen. Keine Strategien bitte, wie die Schweiz neue Mächtekonstellationen beeinflussen kann. Das wäre für uns eine Schuhnummer zu gross. Aber die Konsequenzen der Globalisierung mit den Erfahrungen aus unserem eigenen Staatswesen zu konfrontieren und Lehren daraus zu ziehen, das ist angemessen, und dazu sind wir fähig. ◀

« Weil die Schweiz von unten her aufgebaut ist, kann sie viel flexibler reagieren als zentralistische Staaten. »

Paul Widmer

2 Vorwärts ins Mittelalter

NGOs und multinationale Unternehmen verdrängen die traditionelle Diplomatie der Staaten, sagt Parag Khanna. Wie reagieren Nationalstaaten und supranationale Grossorganisationen auf diese Entwicklung? Ein Gespräch über die neuen Diplomaten, ein byzantinisches Amerika und chinesischen Strassenbau.

Florian Rittmeyer trifft Parag Khanna

Herr Khanna, Sie sind gerade in London und kommunizieren über ein Smartphone mit mir. Grosse Städte und neue Kommunikationstechnologien: beide spielen eine entscheidende Rolle in dem, was Sie als neue «Megadiplomatie» bezeichnen. Wann wird London einen Botschafter für Zürich haben, der die Interessen seiner Heimatstadt via Twitter vertritt?

Das hängt davon ab, wann im britischen Aussenministerium eine neue Generation von Diplomaten am Werk ist. Aber lassen

Die USA spielen eine ähnliche Rolle wie das Byzantinische Reich: sie erleben einen langen relativen Niedergang.

Sie mich die Frage anders beantworten: London hat bereits Tausende von Botschaftern. Sie twittern und benutzen ihre Smartphones...

...das ist ein Wortspiel. Nach dem traditionellen Verständnis repräsentieren Botschafter Staaten.

Dieses Verständnis ist historisch kurzfristig. Diplomatie definiert sich durch die Repräsentation von Interessen einer Autorität. Im Mittelalter gab es konkurrierende und sich überlappende Einflussphären, um die verschiedenste Autoritäten gerungen haben – Imperien, Städte, Zünfte, Kirchen und Söldnerheere. Wir leben heute in

einer neumittelalterlichen Welt. Heute können die Autoritäten supranationale Organisationen, Staaten, Städte, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Kirchen oder mächtige Einzelpersonen sein. Sie werden vertreten durch postmoderne Diplomaten, die sowohl im öffentlichen Dienst, im Privatsektor als auch bei NGOs Erfahrungen gesammelt haben und über die Grenzen dieser verschiedenen Sektoren hinaus Netzwerke bauen können. Das ist die Megadiplomatie im 21. Jahrhundert.

Falls Ihre These des neuen Mittelalters zutrifft: was bedeutet dieser Umbruch für die traditionellen Akteure wie die UNO, den IWF oder die WTO?

Die zwischenstaatlichen Institutionen der Diplomatie wie der UNO-Sicherheitsrat oder das Bretton-Woods-System ringen immer noch mit dem strukturellen Wandel. Seit den 1970ern, also seit dem Aufstieg Chinas und der Erholung Europas, spielen die USA eine ähnliche Rolle wie das Byzantinische Reich im Mittelalter: sie erleben einen langen relativen Niedergang. Wir sehen uns folglich mit einem strukturellen Übergang von einer Supermacht zu vielen staatlichen Mächten konfrontiert: Brasilien, China, Indien und viele andere. Gleichzeitig gibt es einen tiefgreifenden Systemwandel in der internationalen Politik: die Globalisierung zerteilt gleichsam die Machtbefugnisse und bringt ständig neue Teilnehmer hervor – Apple, Human Rights Watch, Bill & Melinda Gates Foundation.

Parag Khanna

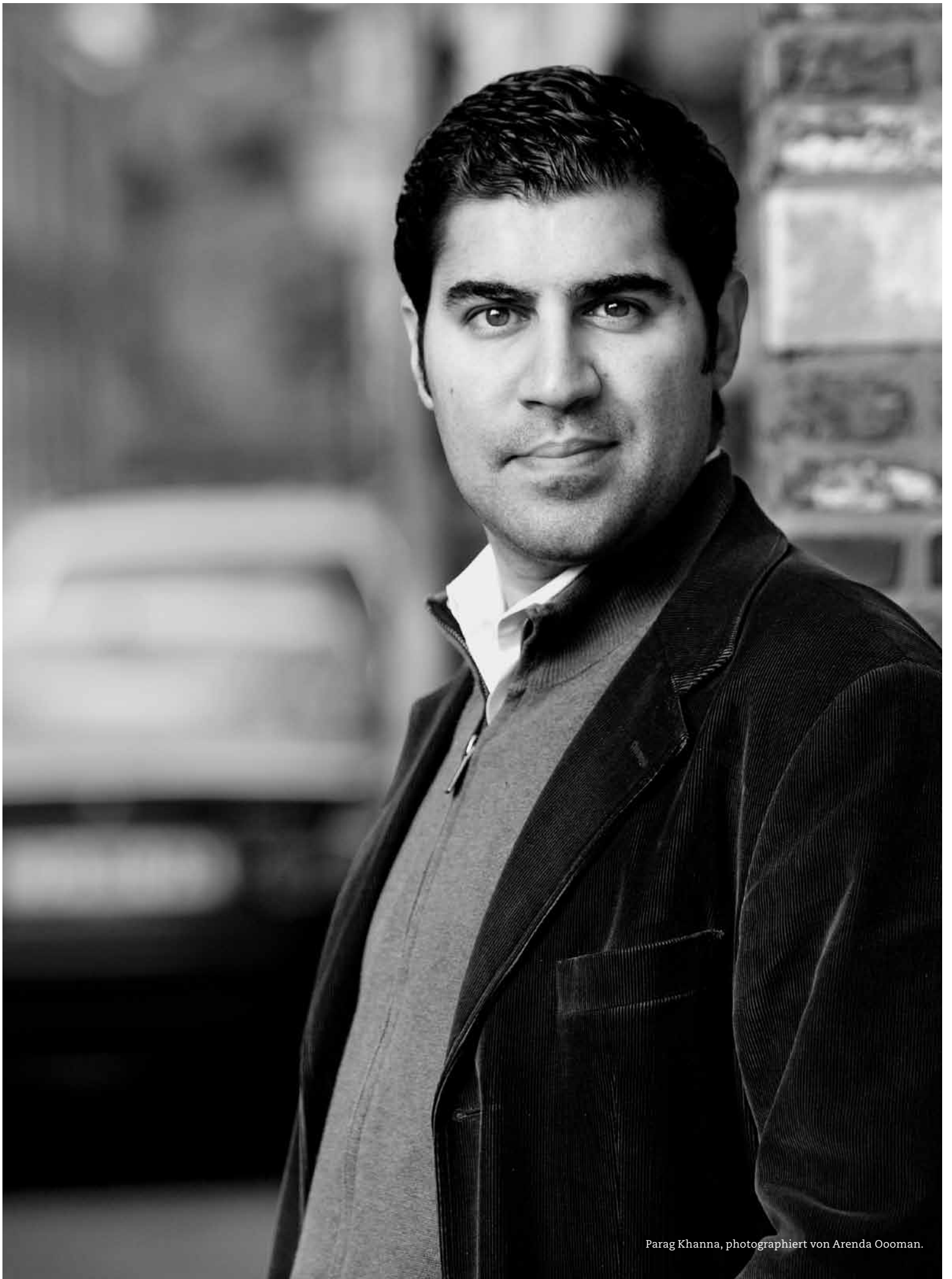
Parag Khanna wurde in International Relations an der London School of Economics promoviert. Er ist Senior Research Fellow der New America Foundation und Autor von «Wie man die Welt regiert: Eine neue Diplomatie in Zeiten der Verunsicherung» (2011) und «Der Kampf um die Zweite Welt: Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung» (2008).

Man könnte sagen: Macht diffundiert. Werden die traditionellen Nationalstaaten immer weiter an Bedeutung verlieren?

Einige Staaten werden überleben, andere werden durch neue soziale Organisationsformen auf der Grundlage von Technologien, Ressourcen, Ideologien und Kapital ersetzt werden. Die grosse Aufgabe besteht heute darin, alle Akteure – die nationalstaatlichen und die nichtnationalstaatlichen – zusammenzubringen. Wir sehen heute ganz neue Mechanismen entstehen. Der UNO Global Compact, UNAIDS oder der Global Fund sind Institutionen, deren Direktorien sich aus Unternehmen, NGOs, Staaten und Institutionen der UNO zusammensetzen. Das ist echte neue Multistakeholder-Governance.

Ihr Enthusiasmus in Ehren – diese Partnerschaften bilden nach wie vor die Ausnahme. Häufiger beanspruchen die alten Institutionen das Monopol für Problemlösungen – und weiten ihre Kompetenzen immer weiter aus. Siehe G-20. Siehe OECD.

Ja, klar, sie wehren sich mit Händen und Füssen. Das gehört dazu. Die klugen Leute stellen sich aber bereits heute bei jedem



Parag Khanna, fotografiert von Arenda Ooman.

Thema und jedem Problem die Frage: wer sind die zukunftsrelevanten Akteure und wie lassen sie sich einbinden? Wenn wir über die globale Wirtschaft reden, geht es nicht nur darum, dass sich die G-20-Staaten an einem Tisch versammeln. Denn in diesem Falle ist *JP Morgan* wichtiger als Argentinien. Bei ökologischen Beschaffungsketten und der Reduzierung von CO₂-Emissionen ist *Wal Mart* wichtiger als Irland.

Was macht Sie so optimistisch, dass die Einbindung neuer Akteure bei Problemen wie Bürgerkriegen, Hungersnöten oder Krankheiten die Qualität der Resultate erhöht?

Ganz einfach: aufgeklärtes Eigeninteresse. In der Welt der Megadiplomatie beobachten und überwachen sich alle Akteure gegen-

Bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen ist Wal Mart wichtiger als Irland.

seitig. NGOs bestehen nicht aus moralisch besseren Menschen, doch befinden sie sich in einem Wettbewerb der Rechenschaftspflicht – und das erhöht die Qualität der Arbeit. Unternehmen engagieren sich nicht für die Gesellschaft, weil CEOs plötzlich religiös werden, sondern weil sie sich dadurch auszeichnen können, dass sie in einem gesunden sozialen Umfeld agieren. Gruppendruck, Transparenz und Scham sind Kräfte, die aufgeklärteres Verhalten hervorbringen. Das grosse Problem ist doch heute, dass Staaten sich nicht *untereinander* kontrollieren. Welcher Staat übt heute noch harsche Kritik an Chinas Menschenrechtspolitik?

Staaten berufen sich auf das Prinzip Souveränität – und verbieten sich die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

So ist es. Der Druck muss also von einer Institution kommen, die anders geartet ist, zum Beispiel von Amnesty International.

Ich glaube, dass die Welt der Zukunft aufgeklärter sein wird, weil es mehr Akteure gibt, die einander gegenseitig überwachen.

Eine weitverbreitete Vorstellung lautet, dass «Global Governance» seit dem Wiener Kongress 1815 zugenommen habe, mit dem Resultat einer immer grösseren Zentralisierung – eben Völkerbund, UNO, G-20. Sie vertreten die Ansicht, dass Globalisierung zum Gegenteil geführt hat: zu einer Dezentralisierung.

Zwei Jahrhunderte von Philosophie und Denken vertreten die Zentralisierungsthese. Ihr liegt die Idee zugrunde, dass Fortschritt und Evolution gleichsam natürlich mit mehr universalisierten, zentralisierten, bürokratisierten und standardisierten Systemen einhergehen – aber Achtung: diese Idee ist normativ! Die Empirie lehrt uns, dass die Globalisierung dezentralisiert und fragmentiert. Was es also in einer globalisierten Welt braucht, ist eine Ermächtigung lokaler Akteure. Die beste «Global Governance» ist lokale Governance.

Warum halten viele Beobachter der internationalen Politik immer noch an der Idee einer Weltregierung fest?

Weil sie in einer normativen Welt von theoretischen Modellen leben. Verstehen Sie mich nicht falsch, es ist wichtig, dass diese Leute ihre Argumente vertreten. Vertreter des *World Federalist Movement* sagen, dass man die UNO stärken solle. Es ist schön, zu wünschen und davon zu träumen, dass die UNO eines Tages wirklich funktioniert. Diesem normativen Wunsch schliesse ich mich sogar an. Es wäre auch wünschenswert, wenn es 200 funktionierende, souveräne, kompetente und kohärente Staaten gäbe...

...aber das ist nicht die Welt, in der wir leben.

Genau. Ich untersuchte die Geschichte der letzten 60 Jahre und sah, dass wir zwar die Anzahl von Staaten verdreifacht, aus ihnen aber keine gleichwertigen Partner gemacht haben. Es ist augenscheinlich, dass wir in diesen Staaten mit *nation building* nicht viel erreichen. Was ist, wenn der Staat selber das Problem darstellt? Was, wenn die

Vorstellung, dass Regierungen die Fähigkeit haben, mit nationaler und internationaler Komplexität umzugehen, bloss ein Mythos ist? Denken Sie an Afghanistan. Zehn Jahre nach dem 11. September 2001 versuchen wir immer noch, einen zentralisierten Staat mit entsprechender Regierung aufzubauen. Aber das ist illusorisch. Die Regierung in Kabul wird nie das ganze Land kontrollieren. Es wird kein Bildungsministerium, kein Gesundheitsministerium und keine Armee geben, die das ganze Land kontrollieren. Das wird innerhalb der nächsten 50 Jahre nicht geschehen. Die Frage also ist: Wer kann Bildung anbieten? Können eine Entwicklungsorganisation wie Oxfam, die Regierung und die UNO, wenn sie sich gemeinsam engagieren, Bildung für Afghanen bereitstellen? Und siehe, die Antwort lautet: Ja!

Afghanistan ist eines der Länder, die Sie in Ihrem Buch als «Zweite Welt» bezeichnet haben. Die «Zweite Welt» wird heftig umworben. Kürzlich hat die USA Basketballspieler der NBA nach Indien gesandt – als Teil einer «smart power»-Diplomatie. In welchem Masse üben westliche Symbole weiterhin Anziehungskraft auf aufstrebende Märkte wie Indien aus?

Der Einfluss solcher Symbole wird gemeinhin überschätzt. Ich würde hier auf sicher gehen und sagen: Hollywood trägt nicht dazu bei, dass die Welt die USA unterstützt – genauso wenig wie Bollywood Indien zu einer Supermacht aufsteigen lässt.

Apropos: Nordkoreas Präsident Kim Jong Il soll ein grosser Fan von Hollywoodfilmen sein...

...genau, ich glaube nicht, dass es auf diese Dinge ankommt. Letzten Endes entscheiden immer noch Geld und Macht. Und die politische Glaubwürdigkeit der USA ist trotz der Wahl Obamas und auch trotz amerikanischen Basketballspielern in Indien immer noch ziemlich gering.

Der amerikanische Politologe Joseph Nye bezweifelt, dass sich die USA in einem Strudel des Niedergangs befinden. Er behauptet, die Macht basierend auf dem Ressourcen-

reichtum aufstrebender Wirtschaftsnationen dürfe nicht verwechselt werden mit der Macht, das Verhalten anderer Akteure der internationalen Politik verändern zu können.

Wer immer noch an eine liberale Weltordnung unter amerikanischer Führung glaubt, sieht nicht, was beispielsweise China bereits erreicht hat. Es hat Allianzen gebildet und regionale Systeme aufgebaut. China treibt seine Interessen durch die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder die Asean voran. Und es baut Strassen. Einige sagen, es sei nicht so wichtig, über chinesischen Strassenbau zu sprechen wie über den IWF oder die Weltbank. Ich würde sagen: chinesischer Strassenbau ist wichtiger als die Weltbank. Denn daran zeigt sich, in welchem Ausmass China fähig ist, langfristige Abkommen zur Sicherung von Ressourcen abzuschliessen – und so andere Staaten in ein chinesisches System einzubinden.

Sie sprechen viel von China, aber warum spielt Indien bloss eine marginale Rolle in Ihrem Bild der künftigen Grossmächte?

Was Indien angeht, so war ich skeptisch wegen seiner schlechten Regierungsführung und dem Fehlen einer «grand strategy», einer Strategie, die politische, militärische, diplomatische und ökonomische Instrumente beinhaltet. Aber Indien hat in den letzten Jahren seinen globalen Einfluss zweifellos erhöht, seine Wirtschaft aufgebaut, die Armee gestärkt und Beziehungen zu anderen Ländern intensiviert. Indien macht bessere Arbeit als vor fünf Jahren. Aber global wird der Einfluss beschränkt bleiben. Unter anderem deshalb, weil China den Vorteil des Zuvorkommenden hat: China ist auf dem afrikanischen Kontinent und in Lateinamerika beziehungsweise so aktiv, dass für Indien und andere Staaten nicht mehr viel übrig bleibt.

Vor drei Jahren haben Sie die EU als «das bei weitem populärste und erfolgreichste Imperium der gesamten Geschichte» bezeichnet. Wie sehen Sie die Zukunft der EU heute?

Ich habe Europa längere Zeit bereist und bin ein Euro-Optimist. Auch wenn sie sich in der Krise befindet, hat die EU aus geopo-

litischen Gründen viele Anreize, mit der geographischen Expansion fortzufahren. Immer wichtiger werden die strategischen Beziehungen zur Türkei und anderen Ländern im Osten – Stichwort Nabucco-Pipeline. Je schneller die Macht der USA abnimmt, desto grösser ist der Antrieb für Europa, die kollektiven Institutionen zu stärken – und desto grösser ist bis auf weiteres der Einfluss der Union. Die USA stecken zweifelsohne in einer Krise – das Problem ist nur, dass es den EU-Staaten nicht viel besser geht. In einer Zeit, in der die EU ihre Mechanismen stärken müsste, kommen Zweifel auf, ob sie die Verschuldungskrise überhaupt überlebt. Die Geschichte zeigt jedoch, dass Europa aus Krisen lernt und sich selbst stärkt.

Ob die Doha-Runde fortgesetzt wird oder nicht, ist für meine Begriffe komplett bedeutungslos.

Das klingt eher nach dem von Ihnen gerügten normativen Wunschdenken als nach Realpolitik.

Ich warne Franzosen, Briten und Deutsche ständig vor Selbstüberschätzung: sogar Deutschland als grösste Wirtschaftszone innerhalb der EU ist auf globaler Ebene nicht wirklich bedeutend. Man darf nicht dem Glauben verfallen, dass diese Länder geopolitisch auf sich alleine gestellt überleben können. Wenn Europa nicht geschlossen agiert, wird es von China manipuliert. Ein Beispiel: viele Akademiker glauben, dass es ein Bekenntnis zu einem vom Westen geführten System sei, wenn Länder der WTO beitreten. Das ist ein Trugschluss. China ist der WTO beigetreten, um Massnahmen zu blockieren, die Chinas Verletzungen von geistigem Eigentum einschränken könnten. Heute spricht keiner mehr vom Trips-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum. Warum? Vor zehn Jahren ist China

Mitglied der WTO geworden und hat solche Diskussionen unterbunden.

Trotzdem bleibt die WTO die wahrscheinlich erfolgreichste internationale Organisation.

Absolut. Sie hat erreicht, dass globale Zolltarife seit der ersten Gatt-Runde um fast 80 Prozent gesenkt wurden. Die WTO ist klein und verfügt nicht über ein grosses Budget, aber sie hat einen funktionierenden Sanktions- und Durchsetzungsmechanismus auf der Grundlage des Prinzips der Reziprozität.

Die Doha-Runde zur Liberalisierung des Welthandels liegt hingegen auf dem Sterbebett.

Viele sagten, dass die Globalisierung ohne Doha-Runde an ihr Ende kommen würde und der Welthandel bedroht sei. Ob die Doha-Runde fortgesetzt wird oder nicht, ist für meine Begriffe komplett bedeutungslos. Denn während der grosse Wurf stockt, florieren bilaterale, regionale und interregionale Handelsabkommen.

Aber bilaterale und regionale Abkommen bedrohen den Welthandel, weil sie den Freihandel auf einzelne Partner beschränken.

Der Welthandel funktioniert auch ohne Doha-Runde, und ich glaube nicht, dass es zwangsläufig eine Spannung zwischen Welthandelsabkommen und bilateralen sowie regionalen Abkommen gibt. Beide Entwicklungen können gleichzeitig stattfinden. Welthandel besteht aus der Summe von grenzüberschreitendem Handel. Und dieser grenzüberschreitende Handel ist seit 2008 enorm gestiegen. Warum? Weil der interregionale Austausch weiterentwickelt wird. Ob er durch ein zentralisiertes Abkommen reguliert wird oder nicht, ist hierfür – ich wiederhole mich – komplett irrelevant. ◀

ENISO Forte CH SMI Expanded®



Wir gratulieren zum Start des Eniso Forte CH SMI Expanded®

Investieren Sie in eine Auswahl der 50 grössten und liquidesten Unternehmen der Schweiz

Der Zürcher Vermögensverwalter ENISO Partners AG und die PMG Fonds Management AG lancieren mit dem ENISO Forte CH SMI Expanded® eine der ersten Publikumsfondslösungen, die in die Unternehmen des SMI Expanded® investieren. Anleger erhalten damit die Möglichkeit, am Wachstum der 50 grössten und liquidesten Schweizer Unternehmen zu partizipieren und dabei den systematischen und bewährten aktiven Anlageansatz von ENISO Partners AG zu nutzen. Durch eine konsequente Gleichgewichtung der einzelnen Titel werden Klumpenrisiken vermieden und nachhaltige höhere Renditen angestrebt.

ENISO Partners AG mit Vorreiterrolle bei gleichgewichteter Investmentansatz

Vor allem in durch Krisen geprägten Marktphasen entfaltet die stärkere Diversifikation ihren Mehrwert gegenüber dem traditionellen Ansatz. ENISO Partners AG verfolgt den gleichgewichteten Ansatz bei Mandaten und Aktienfonds seit beinahe drei Jahren und ist damit einer der Vorreiter dieses Ansatzes in der Schweiz.

Valor 13285970 / ISIN CH0132859700
ENISO Partners, Claridenstrasse 34, 8022 Zürich
Tel +41 044 286 17 17, info@eniso-partners.ch

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen weder eine Anlageberatung oder Offerte noch eine Einladung zur Offertstellung dar, sondern dienen ausschliesslich der Produktbeschreibung. Die in diesem Dokument erwähnten kollektiven Kapitalanlagen sind vertragliche Fonds schweizerischen Rechts. Der Prospekt mit integriertem Fondsvertrag, der vereinfachte Prospekt, die Statuten bzw. Vertragsbedingungen sowie die Jahres- und Halbjahresberichte des Fonds können kostenlos bei den Vertriebsträgern, der Fondsleitung oder unter www.pmg-fonds.ch angefordert werden. Investitionen in ein Produkt sollten nur nach gründlichem Studium des aktuellen Prospekts mit integriertem Fondsvertrag erfolgen. Die ausgegebenen Anteile einer kollektiven Kapitalanlage dürfen nur in solchen Rechtsordnungen zum Kauf angeboten oder verkauft werden, in denen ein solches Angebot oder ein solcher Verkauf zulässig ist. Anteile der erwähnten Fonds dürfen innerhalb der USA weder angeboten noch verkauft oder ausgeliefert werden. Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für künftige Ergebnisse. Die dargestellte Performance lässt allfällige bei Zeichnung und Rücknahme von Anteilen erhobene Kommissionen und Kosten unberücksichtigt. Kommissionen und Kosten wirken sich nachteilig auf die Performance aus. Sollte die Währung eines Finanzprodukts oder einer Finanzdienstleistung nicht mit Ihrer Referenzwährung übereinstimmen, kann sich die Rendite aufgrund der Währungsschwankungen erhöhen oder verringern. Diese Informationen berücksichtigen weder die spezifischen oder künftigen Anlageziele noch die steuerliche oder finanzielle Lage oder die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Empfängers. Die Angaben in diesem Dokument werden ohne jegliche Garantie oder Zusicherung zur Verfügung gestellt, dienen ausschliesslich zu Informationszwecken und sind lediglich zum persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt. Die in dieser Publikation dargestellten Effekten werden von der SIX Group bzw. SIX Swiss Exchange AG weder unterstützt, abgetreten, verkauft noch beworben. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen. Der SMI Expanded® ist eine eingetragene Marke der SIX Swiss Exchange AG. Dessen Verwendung ist lizenzpflichtig.

PMG Fonds Management AG
Sihlstrasse 95, CH-8001 Zürich
+41 44 215 2838
www.pmg-fonds.ch



ENISO PARTNERS
engineered
investment
solutions

PMG Fonds

FUND MANAGEMENT & PRIVATE LABELING

3 Der Westen regiert nicht mehr lange

Ein Sprint durch 150 000 Jahre Menschheitsgeschichte – und ein Ausblick auf die nächsten 100 Jahre

von Ian Morris

Um es gleich vorwegzunehmen: der Westen regiert die Welt. Und richtig: China hat die zweitgrösste und Japan die drittgrösste Wirtschaft dieser Welt. Aber Europa und Nordamerika generieren zusammen immer noch zwei Drittel des globalen Wohlstandes, besitzen immer noch zwei Drittel der modernen Waffen und verantworten immer noch zwei Drittel der weltweit ausgegebenen Gelder für Forschung und Entwicklung – und das, obwohl sie weniger als ein Siebtel der Weltbevölkerung stellen.

Aber die Gewichte verlagern sich. Die reiche Welt hat 2008 einen finanziellen Kollaps erlebt und leidet unter einer Schuldenkrise. Schon zuvor haben Experten vorausgesagt, dass Chinas Bruttozialprodukt und Rüstungsausgaben in den 2020er Jahren jene der USA überholen würden. Künftig werden Chinas wirtschaftliche Vorstellungen im Westpazifik und zwischen Indischem Ozean und Afrika mehr Geltung haben als jene der USA.

Gewiss, irgendwann wird auch Chinas wirtschaftliches Wachstum abflachen. Zur Mitte dieses Jahrhunderts könnten jedoch andere aufwachende Riesen – Indien, Brasilien, Indonesien – bereit sein, dann wiederum Chinas Platz an der Spitze einzunehmen. Wenn diese Prognosen, gestützt auf die Fakten der jüngsten Entwicklungen, zutreffen, werden die USA im Jahr 2050 weniger und Europa viel weniger Einfluss auf das Weltgeschehen ausüben.

Aber *werden* die jüngsten Entwicklungen anhalten? Das ist die Kernfrage. Um sie zu beantworten, müssen wir wissen, wo

diese Entwicklungen ihren Ursprung haben, und um diese Frage zu klären, müssen wir uns eines Blickes in die Geschichte bedienen.

Vor 150 000 Jahren

Einige Historiker denken, dass der Westen in den letzten paar hundert Jahren die Dominanz übernommen habe, weil Europäer eine überlegene Kultur, bessere Institutionen oder grössere Leader gehabt hätten als andere Regionen der Welt. Und sie glauben, dass der Westen nun seine Dominanz

Während der gesamten Geschichte war es die Geographie, die die Entwicklung angetrieben hat.

verliere, weil seine Kultur, seine Institutionen und/oder Leader diesem Anspruch nicht mehr gerecht würden. Diese Argumentation verkennt, was tatsächlich vor sich geht. Die Entwicklung der Geschichte der Menschheit wird nur klar, wenn wir uns von ihren Details lösen und bis zu ihrem Ursprung von vor geschätzten 150 000 Jahren zurückblicken. Dann erst stechen einige einfache, aber wesentliche Punkte ins Auge.

Erstens: während der gesamten Geschichte war es die Geographie, die die Entwicklung angetrieben hat. Der moderne Mensch ist vor schätzungsweise 150 000 Jahren in Afrika erstmals in Erscheinung

Ian Morris

Ian Morris ist Professor für Archäologie und Geschichte an der Stanford University in Kalifornien und Autor von «Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden» (2011).

getreten, weil Afrika der einzige Ort auf dem Planeten war, an dem eine spezifische Geographie die Evolution von Affen erlaubte, aus denen wir uns zu Menschen entwickeln konnten. Menschen begannen vor schätzungsweise 10 000 Jahren mit dem Betreiben von Landwirtschaft in Eurasien, in den geographischen Breiten zwischen etwa 20 und 35 Grad Nord, weil es die dortige Geographie zulies, wilde Pflanzen und Tiere hervorzubringen, die von uns domestiziert werden konnten.

Das sind naheliegende Beispiele für die Kraft von Geographie. Aber um zu verstehen, wie die Geographie zu westlicher Dominanz führte (und was mit der westlichen Dominanz im 21. Jahrhundert geschehen wird), müssen wir eine zweite Lehre aus der Geschichte ziehen: während Geographie Entwicklung antreibt, bestimmt die Entwicklung, was Geographie überhaupt bedeutet. Kurz: Geschichte besteht aus einer komplizierten, chaotischen gegenseitigen Rückkoppelung zwischen Geographie und Evolution.

Um diese Rückkoppelung erklären zu können, müssen wir sehr weit zurückgreifen: vor etwa 100 000 Jahren hatte Afrika die höchstentwickelten Gesellschaften dieser Erde, weil Afrika der einzige Ort auf Er-

den war, wo moderne Menschen existierten. Zum Ende der letzten Eiszeit, vor etwa 15 000 Jahren, gingen die Menschen in die Gebiete zwischen Mittelmeer und China, die wildes Getreide (vor allem Gerste, Weizen und Reis), wilde Schafe, Ziegen, Schweine und Rinder hervorbrachten. Die Menschen domestizierten Fauna und Flora Schritt für Schritt und konnten dadurch erstmals Nahrungsvorräte erwirtschaften, die die Möglichkeiten des subsaharischen Afrikas bei weitem überstiegen und grössere, dichtere Bevölkerungen versorgten.

Die ersten Bauern entwickelten komplexere Organisationen, um diese grösseren Gruppen zu bewirtschaften, und vor etwa 10 000 Jahren sind diese Gesellschaften zwischen Mittelmeer und China bereits viel grösser – und weiterentwickelt – als jene in Subsahara-Afrika.

Eurasische Schnellstrasse

Indem die Agrargesellschaften sich weiterentwickelten und wuchsen, veränderten sie zeitgleich die Bedeutung der vorgefundenen Geographie. Vor etwa 6000 Jahren kamen Bauern zum Schluss, dass es ihnen weniger bedeutet, dort zu leben, wo domestizierbare Pflanzen und Tiere ursprünglich entstanden, als vielmehr in Regionen wie Mesopotamien vorzudringen, wo sie einfachen Zugang zu Flüssen hatten, die ihnen Bewässerung von Böden und Handel signifikant erleichterten. Innerhalb von nur eintausend Jahren entstanden entlang solchen Flüssen ursprüngliche Städte und zentralisierte Regierungen.

Vor etwa 3000 Jahren waren die ersten Staaten dieser Welt so gross und komplex, dass es von Bedeutung wurde, nicht mehr nur Zugang zu einem Fluss zu haben, sondern zu einem ganzen Meer. Im westlichen Eurasien verschob sich das Zentrum der Entwicklung von den Tälern des Euphrats und des Nils zum Mittelmeer, wo griechische und römische Zivilisationen florierten.

Geographie trieb die Entwicklung weiter an, und indem sie dies tat, veränderte die zunehmende Entwicklung die Bedeutung von Geographie. Vor etwa 2000 Jahren waren die grossen Imperien von Rom und der Han-Dynastie in China so gross gewor-

den, dass sie bereits in die Bereiche der Steppen zwischen der Mandschurei und Ungarn vordrangen. Während Jahrtausenden waren diese Steppen eine zurückgebliebene Peripherie, nun wurden sie zu einer Art Schnellstrasse, auf der Nomaden zu Pferd Ideen, Güter, Menschen und Krankheitserreger transportierten. Vor allem die beiden letzteren hatten massiven Einfluss auf die weitere Entwicklung. Beginnend im zweiten Jahrhundert nach unserer Zeitrechnung lösten grosse Migrationswellen Plagen und Invasionen aus, die die antiken Imperien zum Kollabieren brachten.

Im 6. Jahrhundert stiegen neue Imperien in Ostasien empor, das nun zum am weitesten entwickelten Teil der Erde wurde. Die

Die Menschheit wird in den nächsten hundert Jahren mehr Veränderungen sehen als in den vorangehenden 100 000 Jahren.

Tang- und die Song-Dynastien trieben Wissenschaft und Technologie so weit voran, wie es keine Zivilisation zuvor getan hatte. Sie leisteten Pionierarbeit in Form neuer Schiffe, die zuverlässig Ozeane überqueren konnten, sie erfanden neue Waffen – Feuerwaffen –, die Menschen auf der anderen Seite dieser Ozeane erschiessen konnten. Diese Menschen verbreiteten sich im 14. Jahrhundert wie ein Lauffeuer über ganz Eurasien – und sie veränderten die Bedeutung von Geographie in völlig unerwarteter Art und Weise.

Vergegenwärtigen wir uns: während Tausenden von Jahren war Westeuropa ein ziemlich unwichtiger Ort, ausgestossen in den Atlantischen Ozean und weit weg von den echten Zentren von Macht und Wohlstand. Es dauerte, bis sich die Landwirtschaft von ihrer ursprünglichen Heimat nach Westeuropa ausbreitete. Und es dauerte noch einmal Tausende von Jahren, bis Städte und Staaten nachzogen.

Als dann im 14. Jahrhundert Schiffe und Waffen in Europa ankamen, veränderten sie

die Bedeutung des Atlantiks jedoch umso schneller und nachhaltiger. Wie ein Jahrtausend zuvor die Steppen, hat sich der Atlantik von einer Schranke in eine Schnellstrasse verwandelt. Von China an die Westküste Amerikas zu segeln, bedeutete, 10 000 Kilometer Ozean zu überqueren; von Europa an die Ostküste Amerikas zu segeln, bedeutete lediglich, 5000 Kilometer zu überqueren. Der Pazifik blieb im 15. und 16. Jahrhundert eine Schranke, aber der Atlantik war klein genug, um Europas Einfallstor zur weiten Welt zu werden. Und die Geographie veränderte ihre Bedeutung einmal mehr.

Im 17. und 18. Jahrhundert schufen die Europäer eine neue Art von Wirtschaft. Das enorme Ausmass von Wohlstand, den der Handel mit Gütern und Menschen (gewiss, inklusive afrikanischer Sklaven) entlang den Atlantikküsten ermöglicht hatte, brachte mehr und mehr Europäer dazu, ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen und dadurch Profite und Löhne in die Höhe zu treiben.

Die neue Wirtschaft brachte mehr und mehr Intellektuelle dazu, die Welt der Natur zu überdenken. Sie dachten: wenn wir verstehen, wie die Sterne, Winde und Gezeiten funktionieren, können wir dieses abstrakte Wissen in einen praktischen Wert umwandeln. Dafür benötigten sie neue Arten von Mathematik, neue experimentelle Methoden. Die Europäer erfanden beides. Was folgte, war nichts Geringeres als eine Kaskade von Durchbrüchen in der Physik, Chemie und Biologie.

Schuldenkrise wirkt beschleunigend

Europa erfuhr die wissenschaftliche Revolution im 17. Jahrhundert nicht, weil Europäer klüger sind als Chinesen, Inder, Perser oder Araber, sondern weil sie neue Fragen stellten, die ihnen durch die neue Bedeutung der Geographie aufgedrängt wurden. Und indem im 18. Jahrhundert die atlantische Wirtschaft die Löhne hinauftrieb, beantworteten die Europäer auch eine weitere brennende Frage: wie können fossile Brennstoffe Muskelkraft ersetzen? Die Folge: ab 1850 dominierte Europa die Welt wie ein Koloss.



Geschichte trifft Gegenwart im Hafen von New York.

Aber die Europäer hatten auch ein Problem: die Geographie hörte um 1850 nicht auf, ihre Bedeutung zu verändern. Indem die Entwicklung im späten 19. Jahrhundert eine nie gekannte Geschwindigkeit annahm, liessen neue Technologien (Dampfschiffe, Eisenbahnen, Telegraphen) und neue Märkte den Atlantik noch weiter schrumpfen. Nordamerika wurde von der Peripherie des europäischen Zentrums selber zu einem Zentrum.

Schon bald darauf, im 20. Jahrhundert, musste sich Nordamerika demselben Problem stellen, das zuvor schon Europas Vormachtstellung untergraben hatte. Geographie hörte um 1950 nicht auf, ihre Bedeutung zu verändern, noch neuere Technologien (Containertransport, Düsenmaschinen, das Internet) und noch neuere Märkte liessen nun den Pazifik schrumpfen. Ostasien war an der Reihe, von der Peripherie des amerikanischen Zentrums selbst zum Zentrum zu werden. Zuerst geschehen in Japan, dann mit dem Aufstieg der asiatischen Tigerstaaten und nun in Form der Volksrepublik China: Asien hat die Hauptrolle des Westens innerhalb nur einer Generation signifikant geschmälert.

Die Welt im Jahr 2111

Aus dieser kleinen Geschichtsstunde über uns selbst können wir nun drei wichtige Folgerungen für das 21. Jahrhundert ziehen.

Erstens: die Verschiebung des Wohlstands und der Macht von West nach Ost ist unaufhaltsam. Nichts, was Regierungen oder Individuen tun können, wird sie aufhalten – genauso wenig wie es etwas gab, das europäische Regierungen oder Individuen im 19. und 20. Jahrhundert hätten tun können, um den Aufstieg der USA zu stoppen.

Die falsche Handhabung von Europas Schuldenkrise oder Amerikas unterkapitalisierte Anspruchsprogramme, wie die Krankenfürsorge für Arme und Alte, Subventionen für die Landwirtschaft, Renten und Pensionen, werden die Verschiebung von Westen nach Osten im 21. Jahrhundert mit Sicherheit beschleunigen – genauso wie zwei Weltkriege die Verschiebung von Europa nach Amerika im 20. Jahrhundert beschleunigt haben. Aber weder die Fi-

nanzkrise noch die Weltkriege haben die Verschiebungen *verursacht*. Was auch immer Kaiser Wilhelm II. und Adolf Hitler getan hätten: die USA hätten im Jahr 2011 ohnehin die Welt dominiert. Und was auch immer Barack Obama oder Standard & Poor's nun tun, China wird die Welt im Jahr 2041 ohnehin dominieren.

Diese Fakten anzuerkennen, ist Realismus, nicht Defätismus. Die Herausforderung für den Westen besteht im 21. Jahrhundert darin, die Verschiebung möglichst erfolgreich zu bewältigen. Zu versuchen, Chinas Aufstieg zu blockieren, dürfte sich als katastrophal erweisen, ihn jedoch ein-

Wenn wir daran scheitern, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen, könnte der Kollaps endgültig sein.

fach zu akzeptieren, könnte sich ebenso als katastrophal erweisen. Genauso wie einige europäische Nationen den Aufstieg Amerikas besser bewältigt haben als andere, werden einige Westler Chinas Aufstieg besser bewältigen als andere.

Zweitens: die Verschiebung des Wohlstands und der Macht von West nach Ost wird letztlich ihren Lauf nehmen, genauso wie die Verschiebung des Wohlstands und der Macht von Europa nach Amerika ihren Lauf nahm. Ungeachtet dessen, was Chinesen, Japaner oder andere Leader tun, wird sich die Bedeutung der Geographie weiter verändern. Irgendwann in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird eine andere Region geographisch bevorteilt sein als China. Indien macht den Anschein eines offensichtlichen Herausforderers: die Weltozeane schrumpfen weiter, Indiens chaotische Regierungsführung verbessert sich stetig und seine überwältigende Bevölkerung legt an Fähigkeit zu. Schon bald wird es an China liegen, die globale Verschiebung der Macht zu bewältigen.

Die interessanteste Lehre aus der Geschichte ist jedoch die dritte: die soziale Ent-

wicklung hat sich in den letzten beiden Jahrhunderten rasanter denn je beschleunigt. Unser Energieverbrauch, unsere Lebenserwartung, Gesundheit, Kommunikation, wissenschaftliche Erkenntnisse und Militärfähigkeit stellen alles bisher Gekannte in den Schatten. Unsere iPads, Organtransplantate und Viagra würden Menschen aus jeder vorangehenden Epoche magisch erscheinen.

Auch wenn wir die unplausibel konservative Annahme treffen, dass sich soziale Entwicklung im 21. Jahrhundert bloss in gleicher Geschwindigkeit vollzieht wie im 20., übersteigt das Ausmass künftiger Veränderung unser Vorstellungsvermögen. Wir betreten das Territorium von Science Fiction. Es ist jedoch keine Übertreibung, zu sagen, dass die Menschheit in den nächsten 100 Jahren mehr Veränderungen sehen wird als in den vorangehenden 100 000.

Selbstverständlich weiss niemand, wie die Welt 2111 aussehen wird. Aber wir können sehen, wie neue Trends aufkommen. Meine persönliche Vermutung: die wichtigste Entwicklung wird die Auflösung der Grenze zwischen Technologie und Biologie sein. Wir haben sie während Jahrhunderten immer weiter reduziert, angefangen bei Brillengläsern und Holzbeinen über Hörhilfen und Herzschrittmacher bis hin zur Modifikation unserer genetischen Codes. Im Jahr 2001 stellte das Craig-Venter-Labor in Kalifornien künstlich Leben her. Wir *sind* Götter geworden.

Hybridmensch

Wenn diese Entwicklungen ihre Fortsetzung finden, könnte das 21. Jahrhundert die Fusion von biologischer, auf Kohlenstoff basierender Intelligenz mit technologischer, auf Silikon basierender Intelligenz erleben. Kulturelle Evolution wird dann den Punkt erreicht haben, an dem sie sich mit biologischer Evolution gegenseitig rückkoppelt. Und wenn es so weit ist, dass sich die guten alten Menschen zu einer neuen Art von Hybriden entwickeln, dürfte man mit Sicherheit sagen können, dass die Verschiebung des Wohlstands und der Macht von West nach Ost – und mit ihr die Ablösung von Ostasien durch andere, neuere Mächte – unsere kleinste Sorge sein wird. Geographie könnte

im 21. Jahrhundert ihre Bedeutung so stark verändern, dass sie gänzlich aufhört, bedeutsam zu sein.

Was aber, wenn diese Trends nicht anhalten? In der Vergangenheit haben Perioden von sich rapide beschleunigender sozialer Entwicklung oft zu grossen Kollapsen geführt, wie im Falle des Niedergangs des Römischen Reiches oder des Han-Imperiums vor beinahe 2000 Jahren. Und bei jedem Kollaps waren dieselben fünf Kräfte im Spiel: Massenmigration, neue epidemische Krankheiten, das Scheitern von Staaten, Nahrungsmittelknappheit und Klimawandel.

Es wird keinem neu erscheinen, dass sich diese fünf Kräfte im 21. Jahrhundert ungleich intensiver auswirken, da der menschengemachte Klimawandel die anderen vier in unvorhersehbarer, aber oft alarmierender Art antreibt. Einerseits könnte sich herausstellen, dass das 21. Jahrhundert ei-

nigen vorherigen Jahrhunderten strukturell gleicht, in denen die Entwicklung sich selber unterminierte und kollabierte; andererseits wird dieses Jahrhundert sich von vorherigen auch klar unterscheiden, denn: bei früheren Kollapsen verfügte noch niemand über Atomwaffen. Wenn wir daran scheitern, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen, könnte der Kollaps vollständig und endgültig sein.

Neue Probleme, alte Institutionen

Wenn ich diese drei Lehren aus der Geschichte zusammenziehe, so scheint mir die grösste Herausforderung des 21. Jahrhunderts darin zu bestehen, dass wir neuen Problemen mit globalen Ausmassen noch immer mit alten Institutionen und ihren regionalen Ausmassen begegnen. Nationalstaaten, ein Erbe des 18. und 19. Jahrhunderts, bleiben die mächtigsten Organisationen dieser Erde. Sie waren spektakulär

erfolgreich in der Lösung von jenen Problemen, denen sie ursprünglich gegenüberstanden, aber gegenüber CO₂-Emissionen, Märkten, die niemals schlafen, und vernetzten Terroristen stellen sie sich als weniger wirksam heraus.

Die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts wird die anhaltende Verschiebung des Wohlstandes und der Macht von West nach Ost sehen, und die zweite Hälfte könnte eine weitere Verschiebung von Ostasien nach Südasien sehen. Aber beide Verschiebungen überschatten wird das grosse Wettrennen zwischen einer Transformation der Menschheit, die traditionelle Geopolitik irrelevant macht, und einem massiven, möglicherweise endgültigen Kollaps, der traditionelle Geopolitik ebenfalls irrelevant macht. Die nächsten 50 Jahre werden die wichtigsten in der Geschichte unserer Welt sein. ◀

Aus dem Englischen übersetzt von Florian Rittmeyer.

«Was auch immer Barack Obama oder Standard & Poor's nun tun, China wird die Welt im Jahr 2041 ohnehin dominieren.»

Ian Morris

4 Nonzentrale Welt

Die Welt lässt sich regieren, wenn auch nicht so, wie es Zentralisten gerne hätten. Ein Denkanstoss

von Bruno S. Frey

Eine Weltregierung ist ein uralter Traum vieler Menschen. Sie erwarten davon globale «Gerechtigkeit» und «Gleichheit» und darüber hinaus die Fähigkeit, die drängenden Probleme der Menschheit zu lösen. Dieser Wunsch ist verständlich, die Vorstellung, dass eine Weltregierung diese Ziele erreichen könne, jedoch überaus naiv. Sie widerspricht all dem, was wir über staatliches und politisches Handeln wissen.

Eine Weltregierung, wollte man sie realisieren, wäre durch folgende Aspekte gekennzeichnet: die dort tätigen Politiker verfügten über eine Monopolmacht, während die Individuen dem Weltstaat hilflos ausgeliefert wären. Die Weltregierung hätte we-

In einer zukünftigen globalen Gesellschaft sind die bestehenden nationalen Grenzen obsolet.

gen ihres unbeschränkten Machtbereichs einen ungezügelteren Appetit auf immer höhere Steuereinnahmen. Der politische Prozess im Weltstaat wäre ausserdem durch ein hohes Ausmass an *rent seeking* (Einkommen vom Staat oder einer bürokratischen Institution ohne Gegenleistung) gekennzeichnet. Einzelne organisierte Gruppen, insbesondere nichtstaatliche Organisationen und internationale Unternehmen, verschüfen sich durch Lobbying auf Kosten der Unorganisierten (dazu gehören die Konsu-

menten und die Steuerzahler) erhebliche Vorteile. Eine Weltregierung würde die Freiheitsrechte der Individuen stark einschränken, und es fände eine verschwenderische und ungerechte Umverteilung statt.

Eine Weltregierung kann deshalb nicht ernsthaft gewünscht werden, selbst wenn diese erreichbar wäre. Aus diesem Grund wird hier ein neuer Vorschlag zur Weltordnung vorgestellt, der gute Eigenschaften aufweist und sich auch realisieren lässt. Dieser Vorschlag ist unorthodox und widerspricht überlieferten Vorstellungen: das staatliche Angebot sollte sich an der Geographie der Probleme orientieren; deshalb sind entsprechende funktionale und demokratische Einheiten zu ermöglichen, deren Grösse sich variabel an die Erfordernisse anpasst. Dieses Konzept steht in starkem Gegensatz zur Konstruktion der heutigen Nationalstaaten.

Flexible demokratische Körperschaften

In einer zukünftigen globalen Gesellschaft sind die bestehenden nationalen Grenzen obsolet. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden durch die bestehenden nationalen Regelungen gehemmt und deshalb vermehrt umgangen. Die Spannung zwischen den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Anforderungen lässt sich lösen, wenn von den starren Grenzen öffentlicher Körperschaften abgewichen wird: jede staatliche Tätigkeit soll sich in dem Raum abwickeln, der dafür die geeignete Ausdehnung aufweist. Geeignet dafür sind funktionale Körperschaften, die sich gegenseitig überlappen und die für

Bruno S. Frey

Bruno S. Frey ist ordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich und Forschungsdirektor am CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

ihre Tätigkeit notwendigen Steuern in einem demokratischen Verfahren erheben dürfen. Diese als FOCJ – gemäss den Anfangsbuchstaben «Functional, Overlapping, Competing Jurisdictions»* – bezeichneten Einheiten sind durch vier Eigenschaften gekennzeichnet:

1) FOCJ sind funktional

Gebietskörperschaften erbringen ihre Leistungen umso effizienter, je vollständiger sie positive Skalenerträge ausnützen können, je gezielter sie ihre Leistungen an die Nachfrage der Bürger anzupassen vermögen und je genauer ihre Leistungsempfänger und Kostenträger übereinstimmen. Folglich ist es effizienter, wenn nicht alle Leistungen durch die gleiche Gebietskörperschaft erbracht werden, sondern von spezialisierten, auf die jeweiligen Probleme «massgeschneiderten» funktionalen Jurisdiktionen.

2) FOCJ sind überlappend

Zum einen überlappen sich FOCJ, die

* Bruno S. Frey: «Ein neuer Föderalismus für Europa: Die Idee der FOCJ». Tübingen: Siebeck, 1997.
Bruno S. Frey und Reiner Eichenberger: «The New Federalism for Europe. Functional, Overlapping and Competing Jurisdictions». Cheltenham UK and Northampton, MA, USA: Edward Elgar, 1999.

Wege aus der Schuldenkrise

Herausforderungen und Perspektiven
für Europa und die Schweiz



europa forum luzern
Wirtschaft, Wissenschaft
und Politik im Dialog

Jetzt anmelden!
www.europa-forum-luzern.ch

21. internationales
Europa Forum Luzern
KKL Luzern

Öffentliche Veranstaltung

Montag 7. November
17.30–20.00 Uhr

Symposium

Dienstag, 8. November
09.00 bis 17.30 Uhr



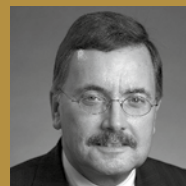
Unter anderen mit



Thomas J. Jordan
Vizepräsident des
Direktoriums,
Schweizerische
Nationalbank



Bert Rürup
Professor em. für Finanz-
und Wirtschaftspolitik,
Universität Darmstadt



Jürgen Stark
Mitglied des Direk-
toriums, Europäische
Zentralbank



Werner van Gent
Korrespondent SRF;
Buchautor und Organi-
sator von Studienreisen



William White
Chair of the OECD
Economic and Devel-
opment Review
Committee; ehem.
Chefökonom, BIZ



Fritz Zurbrügg
Direktor, Eidgenössische
Finanzverwaltung EFD

Eveline Widmer- Schlumpf

Bundesrätin, Vorsteherin des
Eidg. Finanzdepartements EFD

Tagungspartner

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Integrationsbüro EDA/EVD

SwissBanking

TREUHAND KAMMER

Kanton Zürich, Europafachstelle
Economiesuisse
Sika
Schweizerischer
Versicherungsverband

Partner of Excellence



Premium Medienpartner

Neue Zürcher Zeitung

Medienpartner

L'Hebdo

moneycab

schweizer
monat

Swiss Equity
magazin

Netzwerkpartner

Hochschule Luzern –
Wirtschaft
Industrie- und
Handelskammer
Zentralschweiz
VSUD

unterschiedliche Aufgaben erfüllen. Folglich gehören die Bürger ganz unterschiedlichen «Bündeln» von Jurisdiktionen an. FOCJ müssen aber nicht notwendigerweise Gebietskörperschaften sein, die in einem zusammenhängenden Gebiet ein Leistungsmonopol besitzen. Oft können mehrere FOCJ, die gleiche oder ähnliche Funktionen erfüllen, ihre Leistungen im gleichen geographischen Gebiet anbieten. Dadurch werden die Wahlmöglichkeiten der Bürger und der Wettbewerb zwischen den Anbietern staatlicher Leistungen zusätzlich gestärkt. Die beiden Arten von Überlappungen ergänzen sich gegenseitig.

3) FOCJ sind wettbewerblich

Die Regierung eines FOCUS (Einzahl von FOCJ) wird durch zwei Mechanismen gezwungen, auf die Nachfrage der Mitglieder einzugehen: die Austrittsmöglichkeiten der Bürger und Gemeinden bewirken marktähnlichen Wettbewerb, und ihr Stimm- und Wahlrecht schafft politischen Wettbewerb.

In FOCJ ist Austritt nicht auf geographische Abwanderung beschränkt und deshalb besonders wirksam. Gemeinden (oder Gemeindeteile) können aus FOCJ aus- und in andere eintreten, ohne dass ihre Bürger umziehen müssen. Die Bedeutung des Austritts unterscheidet FOCJ grundlegend von den heutigen National- und Bundesstaaten, in denen Sezession mit brachialer Gewalt verhindert wird. Ein Austritt sollte vielmehr möglichst unbehindert bleiben, weil dadurch der Wettbewerb zwischen den Regierungen gestärkt wird. Für den Eintritt kann hingegen ein Preis verlangt werden. Solche expliziten Preise stärken die Anreize der FOCJ-Regierungen, eine gute Politik zu betreiben und so neue (zahlende) Mitglieder anzuziehen.

Abwanderung alleine schafft noch keine Effizienz. In FOCJ wird deshalb der politische Wettbewerb mittels demokratischer Institutionen gestärkt. Die Bürger können die Exekutive und Legislative der jeweiligen FOCJ wählen. Zudem sollten sie über möglichst umfassende direktdemokratische Instrumente zur Kontrolle der Regierung verfügen. Das hohe Ausmass an demokrati-

schen Kontrollmechanismen bildet auch einen entscheidenden Unterschied zwischen FOCJ und technokratischen Zweckverbänden, in denen die Bürger die Zweckverbandsverwaltung nur sehr indirekt und unwirksam über mehrstufige Delegationspyramiden kontrollieren können.

4) FOCJ sind Jurisdiktionen mit Steuerhoheit

Ein FOCUS ist eine Körperschaft mit Zwangsgewalt und Steuerhoheit. Die FOCUS-Mitgliedschaft kann auf zwei unterschiedliche Weisen definiert sein: Mitglieder können die kleinsten politischen Einheiten, im Normalfall die Gemeinden, sein. Dann sind Gemeindeglieder automatisch Bürger derjenigen FOCJ, in denen ihre Gemeinde Mitglied ist, und sie können nur aus einem FOCUS austreten, indem sie umziehen. Im zweiten Fall kann ein einzelner Bürger frei entscheiden, ob er in einem bestimmten FOCUS Mitglied sein will.

FOCJ weisen verglichen mit traditionellen staatlichen Organisationsformen wesentliche Vorteile auf. Vor allem sind FOCJ flexibel und effizient. Die Stärkung der de-

FOCJ werden nur diejenigen Aufgaben erfüllen, die ihnen von den Bürgern übertragen werden, das heisst, die sie aus deren Sicht effizient lösen. Die Nationalstaaten werden weiterhin diejenigen Funktionen ausüben, die sie vergleichsweise effizient erbringen.

Eine Weltregierung ist hingegen wegen ihrer extremen Monopolmacht gegenüber den Individuen, wegen der Ineffizienz und der Verteilungsgerechtigkeit unerwünscht. Eine zukünftige Weltordnung muss flexibel und effizient sein, damit den noch unbekanntem Herausforderungen erfolgreich begegnet werden kann. Hier wird ein Vorschlag diskutiert, wonach das staatliche Angebot in funktionalen (das heisst gemäss den anstehenden Problemen geschaffenen), überlappenden, wettbewerblichen und über Steuerhoheit verfügenden Körperschaften erfolgt. ◀

Eine Weltregierung ist wegen ihrer extremen Monopolmacht und der Verteilungsgerechtigkeit unerwünscht.

mokratischen Instrumente und die Austrittsoption erlauben den Bürgern, ihre Präferenzen auszudrücken und die Regierung wirkungsvoll zu kontrollieren. Die Konzentration eines FOCUS auf einzelne Leistungen hilft ihnen, die Effizienz zu beurteilen und die Leistungen mit anderen FOCJ zu vergleichen.

Schlussfolgerungen

Eine Verwirklichung des FOCJ-Konzepts wird die Rolle der Gebietskörperschaften aller Ebenen – von Nationalstaaten bis zu den Kommunen – stark verändern. Sie bewirkt aber keineswegs ihre Zerschlagung, sondern schafft neue Alternativen.

5 Das Comeback

China hat genug von der 500jährigen Vorherrschaft des Westens. Das Reich der Mitte will zurück dahin, wo es sich selber sieht – ins Zentrum.

von Niall Ferguson

«Jetzt sind wir die Herrscher.» Ich frage mich, ob US-Präsident Barack Obama diese Worte in einer Gedankenblase über dem Kopf seines Amtskollegen Hu Jintao sah, als er ihm im November 2010 am G-20-Gipfel in Seoul gegenüberstand. Vielleicht hörte Finanzminister Timothy Geithner ebenfalls ein imaginäres «Jetzt sind wir die Herrscher», als die Chinesen seinen Vorschlag abschmetterten, die Ungleichgewichte der globalen Währungsreserven zu begrenzen.

«Jetzt sind wir die Herrscher»: so lautete der Refrain, den ich hörte, als ich kurz nach dem G-20-Gipfel und letzten Monat wieder in China war. Es war das nicht zur Schau getragene, aber unmissverständliche Selbstvertrauen chinesischer Ökonomen, das mir klarmachte: in den Beziehungen zwischen China und dem Westen hat sich etwas verändert.

Einer von ihnen, Cheng Siwei, erzählte mir während eines Dinners von Chinas Plan, die führende Rolle in grüner Energietechnologie zu übernehmen. Zwischen Schlucken von Reiswein skizzierte Xia Bin, ein Berater der Chinesischen Volksbank, die Notwendigkeit eines umfassenden Privatisierungsprogrammes, «inklusive Volkskongresshalle» – eines der symbolträchtigsten Bauwerke in Peking. Und in fehlerlosem Englisch offenbarte mir David Li, Professor der Tsinghua-Universität, wie unzufrieden er mit der Qualität chinesischer Universitätsabgänger sei, die einen Dokortitel trügen.

Man könnte sich keine klügeren Leute vorstellen, um heute die beiden interessantesten Fragen der Wirtschaftsgeschichte zu

diskutieren: Wie kam es dazu, dass der Westen fünf Jahrhunderte nach dem Bau der Verbottenen Stadt nicht nur China, sondern die ganze Welt dominierte? Und: Neigt sich diese Zeit westlicher Dominanz dem Ende zu?

Die sechs «Killer-Apps» des Westens

In einer brillanten, noch nicht auf Englisch übersetzten Publikation erschütterten David Li und sein Mitautor Guan Hanhui die gängige Auffassung, dass sich China bis 1800 ökonomisch Kopf an Kopf mit dem Westen befand. Wie sie zeigen, stagnierte das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Ming-Ära (1402–1626) und war deutlich tiefer als jenes des vorindustriellen Grossbritanniens. China hatte damals noch immer eine überwiegend bäuerlich dominierte Wirtschaft mit einer tiefen Produktivität der Agrarwirtschaft, die 90 Prozent des BIP ausmachte. Im späten Ming-China gab es keine Kapitalakkumulation – eher das Gegenteil davon. Was Kenneth Pomeranz, Professor für Geschichte an der University of California, Irvine, als «grosse Divergenz» zwischen Ost und West bezeichnete, begann also viel früher als lange gedacht.

In den darauffolgenden Jahrhunderten hielt die Stagnation an, und im 19. und 20. Jahrhundert sackte China sogar ab. Derweil preschte die englischsprachige Welt vor, dicht gefolgt von Nordwesteuropa. Im Jahr 1820 war das Pro-Kopf-BIP der USA doppelt so hoch wie das Chinas; 1870 war es fünfmal höher; 1913 betrug das Verhältnis beinahe zehn zu eins.

Trotz der schmerzhaften Unterbrechung durch die Grosse Depression wider-

Niall Ferguson

Niall Ferguson ist Professor für Geschichte an der Harvard University und Autor von «Der Westen und der Rest der Welt: Die Geschichte vom Wettstreit der Kulturen» (erscheint im Oktober auf Deutsch).

fuhr den USA nichts ähnlich Verheerendes wie die elenden Torturen Chinas Mitte des 20. Jahrhunderts: Revolution, Bürgerkrieg, japanische Invasion, mehr Revolution, eine durch Menschen verursachte Hungersnot und nochmals mehr («kulturelle») Revolution. Im Jahr 1968 war der durchschnittliche Amerikaner – kaufkraftbereinigt – 33mal reicher als der durchschnittliche Chinese.

Das war das ultimative globale Ungleichgewicht – das Resultat mehrerer Jahrhunderte von ökonomischer und politischer Divergenz. Wie kam es dazu? Und: ist es nun vorbei?

Nach drei Jahren Forschung kam ich zum Schluss, dass der Westen sechs «Killer-Apps» entwickelt hat, die dem «Rest» der Welt fehlten:

- Wettbewerb: Europa war politisch fragmentiert; in jeder Monarchie oder Republik gab es eine Vielzahl von Gebietskörperschaften, die in gegenseitigem Wettbewerb standen.
- die wissenschaftliche Revolution: alle grossen Durchbrüche des 17. Jahrhunderts in Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie und Biologie erfolgten in Westeuropa.
- der Rechtsstaat und parlamentarische Regierungssysteme: dieses optimale System sozialer und politischer Ordnung entstand in der englischsprachigen Welt auf

der Basis von Eigentumsrechten und der Vertretung der Eigentümer in gewählten Legislativen.

- moderne Medizin: beinahe alle grossen Fortschritte im Gesundheitswesen des 19. und 20. Jahrhunderts, inklusive der Bekämpfung von Tropenkrankheiten, wurden von Westeuropäern und Nordamerikanern gemacht.
- die Konsumgesellschaft: die industrielle Revolution fand dort statt, wo es sowohl ein Angebot von produktivitätserhöhenden Technologien als auch eine Nachfrage nach mehr, besseren und billigeren Gütern gab.
- die Arbeitsethik: Bewohner des Westens waren weltweit die ersten Menschen, die eine höhere extensive und intensive Arbeitsproduktivität mit höheren Sparquoten kombinierten und dadurch eine nachhaltige Kapitalakkumulation ermöglichten.

Diese sechs «Killer-Apps» waren der Schlüssel zum Aufstieg des Westens. Die Geschichte unserer Zeit beruht darauf, dass der «Rest» begann, diese Apps «herunterzuladen» – den Anfang machten die Meiji-Kaiser in Japan (1867–1912). Dieser Prozess verlief alles andere als reibungslos. Weil die Japaner keine Ahnung hatten, welche Elemente der westlichen Kultur entscheidend waren, kopierten sie einfach alles: von westlicher Kleidung und Frisuren bis zur Praxis der Kolonisierung fremder Völker. Dummerweise haben sie den Aufbau ihres Imperiums just zu jenem Zeitpunkt vorangetrieben, als die Kosten des Imperialismus seinen Nutzen zu übersteigen begannen. Andere asiatische Mächte – insbesondere Indien – verschwendeten Jahrzehnte mit der falschen Prämisse, dass die von der Sowjetunion forcierten sozialistischen Institutionen jenen der westlichen Marktwirtschaft überlegen seien.

In den 1950er Jahren begann jedoch eine wachsende Gruppe von ostasiatischen Ländern damit, Japan in der Nachahmung des westlichen Industriemodells nachzuahmen. Das begann bei Textilien und Stahlverarbeitung und stieg die Wertschöpfungskette hinauf. Das Herunterladen der westlichen Apps wurde nun selektiver.

Wettbewerb und parlamentarische Regierungssysteme machten keinen grossen Teil der asiatischen Entwicklung aus, die sich stattdessen mehr auf Wissenschaft, Medizin, Konsumgesellschaft und Arbeitsethik fokussierte (weniger protestantisch, als Max Weber dachte).

Heute belegt Singapur auf der Rangliste des World Economic Forums über die wettbewerbsfähigen Länder den 3. Platz. Hongkong liegt auf dem 11. Platz, gefolgt von Taiwan (13.), Südkorea (22.) und China (27.). Dies entspricht, historisch gesehen, ungefähr der Reihenfolge, in der diese Länder ihre Wirtschaft verwestlichten.

Währungskrieg

Die chinesische war die grösste und schnellste aller industriellen Revolutionen. Binnen 26 Jahren wuchs Chinas BIP um Faktor zehn. Bis Grossbritannien nach 1830 ein Wachstum des Faktors vier erreichte, dauerte es 70 Jahre. Vor fünf Jahren, vor dem Ausbruch der Finanzkrise, prognostizierte Goldman Sachs, dass China die USA gemessen am BIP im Jahre 2027 überholen werde. Die jüngsten Schätzungen des Internationalen Währungsfonds verschoben den Zeitpunkt des Einholens auf 2016.

In gewisser Weise hat das asiatische Jahrhundert bereits begonnen. China steht kurz davor, den amerikanischen Anteil an der weltweiten Produktion zu übertreffen, Deutschland und Japan wurden bereits überholt. Chinas grösste Stadt, Shanghai, steht in Ranglisten der Megacities dieser Welt weit oben, dicht gefolgt von Mumbai; amerikanische Städte sucht man vergebens.

Nichts wird die Verschiebung der ökonomischen Macht von West nach Ost mehr beschleunigen als die sich abzeichnende Schuldenkrise der USA. Gewiss, die übermässig verschuldeten Länder der Eurozone befinden sich in einer Notlage. Aber die Schuldenquote im Verhältnis zu den Steuereinnahmen der amerikanischen Bundesregierung ist nach Angaben von Morgan Stanley eigentlich gleich schlecht wie die griechische. Raum zum Atmen verschafft den USA nur ihr «exorbitantes Privileg», die weltweit führende Reservewährung drucken zu können. Genau dieses Privileg be-

findet sich jedoch unter zunehmendem Beschluss der chinesischen Regierung.

Vielen Kommentatoren schien es, als hätte die letztjährige Wiederaufnahme des *quantitative easing* der amerikanischen Notenbank einen Währungskrieg zwischen den USA und China ausgelöst. Wenn die «Chinesen keine Massnahmen ergreifen», die Manipulation ihrer Währung zu beenden, erklärte Obama im letzten September in New York, dann «haben wir andere Mittel, um die amerikanischen Interessen zu schützen». Die Reaktion des chinesischen Premierministers Wen Jiabao folgte postwendend: «Setzt uns und den Wechselkurs des Renminbi nicht unter Druck. Viele unserer exportierenden Unternehmen müssten schliessen, Wanderarbeiter müssten in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Wenn China soziale und ökonomische Turbulenzen erlebt, wäre das ein Desaster für die ganze Welt.»

Derartige Dialoge sind eine Form traditionell chinesischen Schattentheaters. Tatsächlich erleben wir heute einen Währungskrieg zwischen «Chimerika» – so nannte ich die vereinigten Volkswirtschaften von China und Amerika* – und dem Rest der Welt. Wenn die USA Geld drucken und China seine Währung de facto an den Dollar bindet, profitieren davon beide Parteien. Die Verlierer sind Länder wie Brasilien, Indonesien und die Schweiz, deren Wechselkurse steigen.

Wer profitiert nun mehr von dieser Partnerschaft? Chinas Wachstumsquote liegt bei knapp unter zehn Prozent, die Arbeitslosenquote der USA ist etwa auf dem gleichen Niveau: die Antwort scheint also klar. Amerikanische Politiker mögen das Mantra «Sie brauchen uns genauso wie wir sie!» wiederholen. Aber die Chinesen haben bereits einen Plan, mit dem sie ihre Abhängigkeit von Dollarreserven und subventionierten Exporten reduzieren können. Es handelt sich weniger um eine Strategie zur Erlangung der Weltherrschaft nach dem Modell des westlichen Imperialismus als vielmehr um eine solche zur Wiederherstellung von China als Reich der Mitte – dem dominanten Tributstaat in der asiatisch-pazifischen Region.

Wenn ich Chinas neue «grand strategy» zusammenfassen müsste, würde ich dies, im chinesischen Stil, mit «vier Mehrs» tun: mehr konsumieren, mehr importieren, mehr investieren im Ausland und mehr erfinden. Indem China mehr konsumiert, kann es seinen Handelsüberschuss reduzieren und macht sich dadurch beliebt bei wichtigen Handelspartnern, insbesondere bei anderen Schwellenländern. Im letzten Jahr hat China die USA als weltweit grös-

**«Jetzt sind wir die Herrscher»:
so lautet der Refrain,
den ich in China immer
wieder hörte.**

ten Automobilmarkt überholt (14 Millionen Dollar Umsatz pro Jahr, verglichen mit 11 Millionen), und seine Nachfrage wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich verzehnfachen.

Im Jahr 2035 wird China nach Angaben der Internationalen Energieagentur ein Fünftel der weltweiten Energie verbrauchen, was einem Anstieg um 75 Prozent seit 2008 entspricht. China war 2009 verantwortlich für 46 Prozent des weltweiten Kohlenkonsums, so schätzt die World Coal Association, und verbraucht einen ähnlich hohen Anteil der weltweiten Produktion von Aluminium, Kupfer, Nickel und Zink. Im vergangenen Jahr hat China doppelt so viel Rohstahl verbraucht wie die Europäische Union, die USA und Japan zusammen.

Solche Zahlen bedeuten riesige Gewinne für jene, die diese und andere Rohstoffe exportieren. Bereits ist China Australiens grösster Exportmarkt (22 Prozent der australischen Exporte). China importiert 12 Prozent der brasilianischen Exporte und 10 Prozent jener von Südafrika. Es ist auch zu einem grossen Abnehmer von hochwertigen Industriegütern aus Japan und Deutschland geworden. Einst war China vor allem ein Exporteur von Niedrigpreisgütern. In einer Zeit, in der China ein Fünftel des globalen Wachstums ausmacht, ist es zum dy-

namischsten neuen Markt für die Sachen anderer Leute geworden. Das macht Freunde.

Strassen gegen Bergbau

Die Chinesen blicken zu Recht nervös auf die Launen der Weltmarktpreise für Rohstoffe. Wie könnten sie auch anders nach den grossen Preisschwankungen der letzten Jahre? Allein im Januar 2010 tätigten die Chinesen Direktinvestitionen im Wert von insgesamt 2,4 Milliarden US-Dollar in 420 ausländischen Unternehmungen in 75 Ländern und Regionen. Die überwiegende Mehrheit davon in Asien und Afrika. Die grössten Sektoren betrafen Bergbau, Transport und Petrochemie. In ganz Afrika ist die chinesische Arbeitsweise inzwischen gut etabliert. Typische Abkommen sichern afrikanischen Staaten Schnellstrassen und andere Investitionen in Infrastruktur zu und verlangen im Gegenzug langfristige Pachtverträge für Minen und landwirtschaftliche Flächen, ohne Fragen nach Menschenrechtsverletzungen oder politischer Korruption zu stellen.

Wachsende Auslandsinvestitionen in natürliche Ressourcen sind nicht nur eine sinnvolle Diversifikationsstrategie, um Chinas Gefährdung durch das Risiko einer Abwertung des Dollars zu reduzieren. Es erlaubt China auch, seine finanzielle Macht zu erweitern – nicht zuletzt durch seine riesigen und einflussreichen Staatsfonds. Und es rechtfertigt ehrgeizige Pläne für maritime Expansion. Das Südchinesische Meer wurde bereits zum «nationalen Kerninteresse» erklärt; geplant sind Tiefseehäfen in Pakistan, Burma und Sri Lanka. Kürzlich hat China seinen ersten Flugzeugträger enthüllt, ein neu hergerichtetes Schiff der Sowjetunion. Nationalistische Blogger haben vorgeschlagen, dass es nach Shi Lang benannt werden solle, dem chinesischen Admiral, der im 17. Jahrhundert Taiwan erobert hatte.

Und schliesslich – entgegen der Vorstellung, dass China dazu verdammt sei, das Fliessband für Produkte «designed in California» zu bleiben – steigert das Land seine Innovationsleistungen. Es will weltweit führender Hersteller von Windturbinen und Photovoltaikmodulen werden. Im Jahr

2007 überholte China Deutschland mit der Zahl von angemeldeten Patenten. Bald wird es Deutschland mit der Zahl von erteilten Patenten übertreffen. Experten mögen über die Qualität chinesischer Patente debattieren, aber Chinas Regierung bemüht sich darum, diesem Problem mit einer grossen Menge von Forschungsgeldern – und Hochschulabgängern – entgegenzutreten.

Eindämmen oder Platz anbieten?

Es ist stets ein qualvolles Dilemma, wenn sich die «scheidende» Macht mit einer «ankommenden» Macht konfrontiert sieht. Die Kosten, Deutschlands Aufstieg zu widerstehen, wogen für Grossbritannien in der Tat schwer; es war viel einfacher, leise in die Rolle des Juniorpartners der USA zu schlüpfen. Sollten die USA also versuchen, China einzudämmen, oder sollten sie ihm einen Platz anbieten? Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass der gewöhnliche Amerikaner sich in der Reaktion nicht sicherer fühlt als der Präsident. In einer Umfrage des *Pew Research Center* sagten letztes Jahr 49 Prozent, dass sie nicht erwarten, dass China «die USA als die weltweit wichtigste Supermacht überholt». 46 Prozent waren schon gegenteiliger Meinung.

Mit einer neuen Weltordnung zurechtzukommen, war schon nach dem Kollaps der Sowjetunion schwierig genug. Der Kalte Krieg dauerte etwas mehr als vier Jahrzehnte, aber die Sowjetunion kam nicht ansatzweise dazu, die USA ökonomisch einzuholen. Was wir hingegen heute erleben, ist das Ende von 500 Jahren westlicher Vorherrschaft. Dieses Mal ist die Herausforderung aus dem Osten echt, sowohl ökonomisch als auch geopolitisch.

Die Herren aus Peking mögen noch nicht die Herrscher sein. Aber eines ist klar: sie sind nicht länger die Lehrlinge.

Aus dem Englischen übersetzt von Florian Rittmeyer.